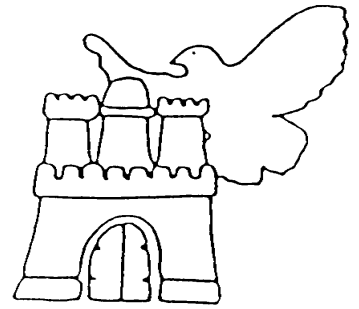


HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 04/14

www.hamburgerforum.org



27. Juli 2014

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

wenn ihr diesen Rundbrief in den Händen haltet, liegt die Ukraine-Demonstration des Friedensnetzes schon ein paar Tage zurück. Dieses Bündnis hatte sich – auch mit unserer Unterstützung – aus Anlass des Krieges in der Ukraine und des 100. Jahrestags des Beginns des 1. Weltkriegs zusammengefunden. Die Demonstration vom 28. Juli war das erste größere Projekt. Trotz der Ferienzeit wollte die Mehrheit der versammelten Friedensfreundinnen und -freunde angesichts der als bedrohlich wahrgenommenen Situation nicht bis zum Antikriegstag warten. In der kurzen Vorbereitungszeit konnte nicht alles optimal vorbereitet werden. Doch es wurde eine größere Breite an Beteiligten erreicht. Bei Redaktionsschluss lag die Aktion noch vor uns, sodass über die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch nicht berichtet werden kann.

Stand zu Beginn der Zusammenarbeit der Konflikt in der Ukraine im Mittelpunkt unseres Protestes, trat jetzt die Empörung über die israelische Kriegführung im Gazastreifen hinzu. Daher wurde für die Demonstration auch ein Redebeitrag zu diesem Thema vorbereitet. Von anderer Seite wurden auch mehrere eigenständige Kundgebungen und Demonstrationen dazu durchgeführt. Auch das Friedensnetz will zu Aktionen zu diesem Thema kommen.

Aufgrund der Kürze der Zeit konnten leider diejenigen, die den Rundbrief per Post erhalten, nicht rechtzeitig vor der Ukraine-Demonstration informiert werden. Diejenigen, die den Rundbrief per E-Mail erhalten, sind da klar im Vorteil. Daran wird sich leider auch in Zukunft bei allem Bemühen nichts ändern lassen.

Mit diesem Rundbrief wollen wir euch über die nächsten beiden Aktionen informieren: Am 6. August wollen wir zunächst mit einer Kundgebung der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki gedenken. Für uns ist dies Anlass, unsere Forderung nach Abschaffung aller Atomwaffen und Abschaltung aller Atomkraftwerke zu untermauern. Ihr findet unser Flugblatt zum Hiroshima-Tag als Anhang dieses Rundbriefs. Es wird Infotische nahestehender und befreundeter Organisationen geben (bitte meldet euch, wenn ihr dabei sein wollt) sowie verschiedene Redebeiträge und Musik von Kai Degenhardt.

Hiroshima-Tag 2014
Kundgebung, 6.8.2014, 17.00 Uhr, am Kriegsklotz
S-Bahn-Dammtor/U-Bahn-Stephansplatz

Zudem möchten wir euch schon jetzt auf den Antikriegs- oder Friedenstag am 1. September hinweisen. Wir planen wieder eine Demonstration. Inhaltlich im Mittelpunkt wird unser Nein zur militarisierten Außenpolitik stehen, aber auch die Forderungen nach Stopp aller Rüstungsexporte und Verzicht auf die Drohnentechnologie. Der genaue Ablauf steht noch nicht fest. Im Friedensnetz haben wir uns aber auf den Zeitpunkt für die Auftaktkundgebung geeinigt:

Demonstration zum Antikriegstag 2014
Auftaktkundgebung, 1.9.2014, 18.00 Uhr, am Kriegsklotz
S-Bahn-Dammtor/U-Bahn-Stephansplatz

Wir werden ein Flugblatt erstellen, das ihr ab dem 14.8. über unsere Homepage abrufen könnt. Wenn ihr größere Mengen braucht, die ihr nicht selber drucken könnt, setzt euch bitte mit uns in Verbindung.

Nach dem Absturz des Passagierflugzeugs über der Ukraine verschärft sich der Konflikt weiter. Der Westen und die ukrainische Regierung üben sich in Schuldzuweisungen an die Separatisten und Russland, obwohl die Absturzursache alles andere als geklärt ist. Bei der Aufklärung von Verbrechen ist es immer nützlich, sich die Frage zu stellen: Cui bono – wem nützt es? Und natürlich auch die Frage, wer über die Mittel verfügt, es durchzuführen, in diesem Fall also: Wer hat die technischen Fähigkeiten, ein Flugzeug aus großer Höhe abzuschießen. An

eine wirkliche Aufklärung ist angesichts der Voreingenommenheit der westeuropäischen und US-amerikanischen Regierungen nicht zu denken – sie wollen offensichtlich die Auseinandersetzungen mit Russland weiter anheizen. Im Folgenden drucken wir Auszüge aus einem Interview mit dem ukrainischen Oppositionellen Kirichuk ab, das allerdings schon vor dem Absturz geführt wurde. Er und seine Organisation sind einer Diffamierungskampagne ausgesetzt, die auch dazu führte, dass in Hamburg eine von der Linken organisierte Veranstaltung mit ihm kurzfristig abgesagt wurde. Erfreulicherweise wurde von anderer Seite diese Veranstaltung dann doch durchgeführt. Fundierte Informationen aus der Ukraine sind zur Zeit nur schwer zu bekommen.

Wer sich stärker engagieren möchte, sei abschließend auf unsere Vorstandssitzungen mit Gästen hingewiesen, auf denen wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

**Dienstag, 05.08., 19.08., 02.09., 17.09., 7.10.2014 und 21.10.
jeweils um 19.00 Uhr, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15.**

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bei uns.

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

Markus Gunkel

Interview mit Sergei Kirichuk durch Andrej Hunko, am 9. Juli 2014

Seit einigen Wochen gibt es in Deutschland eine Kampagne gegen die ukrainische Organisation „Borotba“ (Der Kampf). Borotba wird vorgeworfen, mit antisemitischen und nationalistischen Kräften und russischen Neonazis zu kooperieren. Andrej Hunko, Mitglied der Linksfraktion des Deutschen Bundestages und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, interviewte Sergei Kirichuk, wobei er ihn auch zu diesen Vorwürfen befragte. Sergei Kirichuk ist Gründungsmitglied und Koordinator von Borotba. Wegen der Repressionen musste er die Ukraine verlassen und befindet sich zur Zeit in Deutschland auf einer Informationstour.

Andrej Hunko: *Wie sind derzeit die Bedingungen für die politische Arbeit für Borotba-Mitglieder in der Ukraine?*

Sergei Kirichuk: Unsere Organisation ist jetzt einem massiven Angriff durch das Kiewer Regime ausgesetzt. Einer unserer Kameraden, Andrej Brajevskys, wurde während des Gemetzels in Odessa am 2. Mai getötet, viele unserer Leitungsmitglieder sind auf einer Fahndungsliste des Strafverfolgungsbüros der Regierung, einige leitende GenossInnen sind noch in der Ukraine, aber sie arbeiten jetzt unter sehr gefährlichen Bedingungen. Neonazistische Banden versuchten, Denis Levin und Svitlana Likht in Charkow zu kidnapen.

Alle unsere Büros wurden zerstört und teilweise von Faschisten besetzt. Die sogenannte Nationalgarde, die von rechten paramilitärischen Kräften des Maidan gebildet wurde und sich damit ein legales Mäntelchen umgehängt hat, griff unser letztes Büro in Charkow an.

Vor ein paar Tagen wurde unsere Aktivistin Maria Matuschenko aus ihrer Wohnung in Dnipropetrovsk gekidnappt. Sie wurde von der Geheimpolizei entführt, die alle elektronischen Geräte ihrer Familie (zwei Laptops, vier Mobiltelefone, ein Tablet-PC) mitnahm. Später wurde sie freigelassen und floh aus dem Land. Andere GenossInnen sind festge-

nommen und von der Polizei in Charkow gefoltert worden. Polizisten versuchten, Information über den Verbleib unserer leitenden GenossInnen zu erhalten. Viele GenossInnen haben ihre Wohnungen verlassen, um nicht festgenommen zu werden.

Im Moment haben wir keine politische Demokratie in unserem Land, stattdessen sind wir in der Ukraine mit einem Bürgerkrieg konfrontiert.

A.H.: *Seit den Maidan-Protesten und der Vertreibung von Präsident Janukowitsch ist der Konflikt in der Ukraine in eine bewaffnete Auseinandersetzung im Osten des Landes eskaliert. Wie sind die Vorschläge von Borotba für Lösung des Konflikts?*

S.K.: Wir sind Unterstützer einer friedlichen Lösung, und wir kritisieren scharf die militärische Hysterie innerhalb der ukrainische Gesellschaft. Wir sind ein Teil des Friedensprozesses der Minsk-Deklaration. Diese Erklärung, die von ukrainischen, belorussischen und russischen linken Aktivisten initiiert und unterzeichnet wurde, zielt darauf, Druck auf alle am Konflikt beteiligten Regierungen aufzubauen, um den Krieg zu beenden.

Diese Erklärung ruft zur Solidarität mit den linken Kräften in unseren Ländern auf: „Wir drücken unsere Solidarität mit allen Teilnehmern der ukrainischen linken Bewegungen aus, die gegen Krieg, Nationalismus und Fremden-



feindlichkeit kämpfen. Wir betrachten es als notwendig, sie so gut wie möglich mit Informationen, politischer und materieller Unterstützung zu versorgen. Wir widersetzen uns dem Druck, den Pogromen und den Vergeltungsmaßnahmen durch alle Teilnehmer des Konflikts. Wir wenden uns gegen die Gemetzel, die Folter und die Entführungen von ukrainischen Linken, Antifaschisten und allen ukrainischen Bürgern, unabhängig von ihren politischen Ansichten. Wir wenden uns genauso gegen politische Verfolgung in der Krim-Region.“

Natürlich ist diese Haltung unter Beschuss durch die Mainstream-Medien, die uns beschuldigen, „Terroristen“ und „Separatisten“ zu unterstützen. Aber wir bestehen darauf, dass es für diesen Konflikt keine militärische Lösung gibt.

Wir schlagen einen Plan für die Wiederherstellung des ukrainischen Staates vor. Das bedeutet, dass wir die Idee eines Bundesstaates unterstützen, mit weitgehender Autonomie für die Menschen im Südosten, wir sind für die Anerkennung von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechten der Regionen, die sprachliche Gleichberechtigung und einem neutralen Status der Ukraine in den internationalen Beziehungen. Eine wichtige Bedingung ist, dass die Verherrlichung von Nazikollaborateuren beendet wird.

A.H.: *In den deutschen Medien werden die Kräfte der so genannten „Volksrepubliken“ von Donetsk und Lugansk als „prorussische Separatisten“ gekennzeichnet. Wie würden Sie diese politischen Akteure bezeichnen, und wie ist Ihre Beziehung zu ihnen?*

S.K.: Wir sollten beachten, dass sich die Proteste im Südosten in einer Weise entwickelten, die den Ereignissen auf dem Maidan sehr ähnelt. Leute organisierten große Proteste und Demonstrationen in den Hauptstädten, sie forderten Rechte und Respekt. Als die Regierung ihren Protest ignorierte, besetzten sie Verwaltungsgebäude. Die Antwort der „demokratischen“ Maidan-Regierung waren Überfallkommandos und Sondereinheiten. Hunderte von AktivistInnen sind festgenommen und eingesperrt worden, während gleichzeitig die Maidan-Protestierenden noch Verwaltungsgebäude in Kiew besetzt hatten. Wir sind hier mit einer Regierung konfrontiert, die diese Doppel-Standards anwendet.

Es ist wahr, dass viele Menschen im Osten prorussisch fühlen. Aber diese Tatsache kann nicht als ein Verbrechen betrachtet werden! Es gibt für die Menschen in diesem Teil der Ukraine viele verschiedene Gründe, sich Russland verbunden zu fühlen. Bei einigen ist es sehr stark die gemeinsame Sprache und Geschichte, bei anderen ist es die gemeinsame Kultur und Religion, aber viele sind auch um ihre Arbeitsplätze besorgt.

In den Südostregionen werden noch viele Hochtechnologie-Produkte wie Flugzeugmotoren, Weltraumraketen und -satelliten, Flugzeuge, Maschinenbau-Ausrüstung usw. produziert. Diese Produkte können nicht in die EU exportiert werden, sondern nur auf russische und asiatische Märkte. Viele junge hochqualifizierte Arbeiter und Ingenieure wollen in technologisch fortgeschrittenen Industriezweigen ar-

beiten und das Gefühl haben, etwas Wichtiges zu schaffen.

Die echten Separatisten sitzen in der Kiewer Regierung. Sie spalten das Land mit ihrer Entscheidung, den Freihandelsvertrag mit der EU (der von der Hälfte des Landes nicht unterstützt wird) zu unterzeichnen, mit der Abschaffung des Sprachgesetzes (das einige Rechte für Russischsprachige enthielt), und mit der Verherrlichung von Nazikollaborateuren in einem Land, in dem während der Nazibesatzung jeder fünfte Einwohner ermordet wurde.

In Charkow zum Beispiel begann die Protestbewegung mit einer Kampagne zum Schutz des örtlichen Lenin-Denkmal. Tausende Menschen, Männer und Frauen, jung und alt, ArbeiterInnen, Arbeitslose, Studierende und Ingenieure waren Tag und der Nacht in der Nähe des Denkmals im Dienst. Manchmal wurden sie von Faschisten sie mit Stöcken und Gummigeschossen angegriffen. Wir von Borotba sahen es als unsere Pflicht an, bei ihnen zu sein und sie zu unterstützen.

Der Schutz von Lenin-Denkmalern war ein wichtiger Anfang des Widerstands. Dann hatten wir sogenannte Stadtversammlungen. Tausende von Leuten kamen zum zentralen Platz, und alle politischen Gruppen versuchten, ihre politischen Linien vorzustellen.

Wir sprachen offen von der Bühne über den Sozialismus, Internationalismus und den antikapitalistischen Kampf. Zu dieser Zeit waren russische Nationalisten eine kleine Minderheit innerhalb einer riesigen Volksbewegung. Sie sind erst viel bedeutender geworden, nachdem die Regierung und neonazistische Banden die linken Kräfte angriffen und besiegt hatten.

Wir haben völlig andere politische Ansichten als die Nationalisten, manchmal hatten wir Auseinandersetzungen mit ihnen. Russki Vostok (russischer Osten) gab später eine Erklärung ab und machte uns für die Niederlage der Volksbewegung in Charkow verantwortlich. Einige prorussische Kräfte sagten, dass es ein Fehler war, über einen antioligarchischen Kampf zu sprechen. Aber unsere Haltung war immer sehr konsequent: Antifaschistischer Kampf und Kampf für den Sozialismus gehören zusammen.

A.H.: *Einige Gruppen, wie die „Autonome Arbeiter-Union (AST)“, beschuldigen Borotba, „prorussisch“ zu sein, und sie behaupten, dass Sie mit konservativen, chauvinistischen oder sogar faschistischen Organisationen, wie Kommuna, Schturmowoj Komitet oder Avtonomnyj Opir zusammenarbeiten. Was antworten Sie darauf?*

S.K.: Die Autonome Arbeiter-Union ist eine kleine Sekte, die in der Ukraine unsichtbar ist, aber aktiv in der internationalen Szene. Ich würde sie als nationale Liberale beschreiben, aber sie geben vor, Anarchisten zu sein. Sie haben die Proteste auf dem Maidan unterstützt und versucht, ihren Antikommunismus dafür einzusetzen, dass sie vom extrem rechten Teil der Maidan-Bewegung toleriert werden. Auf dem Maidan hatten sie Plakate, die Lenin als ein blutigen Metzger zeigten, der Revolutionäre tötete, und sie feierten, als Maidan-AktivistInnen das Lenin-Denkmal in Kiew zerstörten.

Als Liberale hassen sie alles, was sie als links betrachten:

Sie hassen die bolivariische Revolution in Venezuela, die kubanische Revolution, und in Deutschland hassen sie die Kommunisten der DKP und gleichzeitig wahrscheinlich die LINKE wegen ihrer DDR-Vergangenheit. Sie sagen, dass die Rote Armee, die Europa vom Faschismus befreit hat, eine Besatzungsarmee war. Für sie ist Bolschewismus das Gleiche wie Nazismus.

[...] Ihr einziges Ziel ist, linke Gruppen zu diskreditieren. Man sollte wissen, dass Kommuna, Schturmowoj Komitet und Avtonomnyj Opir den Maidan unterstützt haben und dass sie unsere AktivistInnen in Kiew während einer Antikriegsdemonstration angegriffen haben.

Unsere politische Haltung ist der von AST völlig entgegengesetzt. Während wir denken, dass wir in der Ukraine einen Bürgerkrieg haben, denken sie, dass es sich um einen Konflikt zwischen der Regierung und „den Terroristen“ handelt [...], sie unterstützen die sogenannte „Antiterroroperation“ (ATO) der Regierung in Kiew.

[...] Bezüglich der Beschuldigung gegen uns: Wir sind nicht eine „prorussische“ Organisation, wir kämpfen um die Rechte der arbeitenden Klasse, der Jugend und der Frauen. Weder russischer noch ukrainischer Nationalismus ist für uns akzeptabel. Unsere Ideologie ist proletarischer Internationalismus. So sind wir gegen die Oligarchen Russlands und der Ukraine. Unser Partner in Russland ist die Linke Front (Left Front), viele ihrer AktivistInnen sind im Gefängnis und wir zeigen unsere Solidarität mit ihnen.

Gleichzeitig treten wir für demokratische Rechte der russischen Bürger in der Ukraine ein. Sie haben das Recht auf ihre Sprache und den Schutz ihrer kulturellen Werte. Wir unterstützen die sprachliche Gleichberechtigung und wenden uns gegen die Vorstellung von einem ethnischen ukrainischen Staat. Wir unterstützen die Idee einer demokratischen Föderation für Russen und Ukrainer mit weitgehender Autonomie für die Regionen und wir fordern auch, die Rechte der Rumänen, Moldawier, Griechen, Bulgaren, Roma und anderer Minderheiten zu garantieren.

A.H.: *Aber nahm Borotba an öffentlichen Veranstaltungen mit rechten Organisationen teil? Zum Beispiel werden Sie in einem Artikel beschuldigt, am 1. März in der Stadt von Charkow Pro-Maidan-Protestierende zusammen mit „russischen Nationalisten“ angegriffen zu haben.*

S.K.: Wir hatten immer Zusammenstöße mit rechten Maidan-Unterstützern. Sie haben immer versucht uns anzugreifen. Einige unserer GenossInnen waren während der Zusammenstöße vom 1. März auf den Straßen, aber von unseren Mitglieder ist keine Gewalt ausgegangen. Später haben wir eine Erklärung veröffentlicht, die politische Gewalt von jeder Seite verurteilt. Doch der Rechte Sektor und die neo-

nazistischen Banden führen mit ihrem politischen Terror gegen uns fort. Nicht wir haben diesen Krieg angefangen, aber wir hatten das Recht, uns zu verteidigen!

[...]

Es gibt in unserer Organisation keine Toleranz gegenüber Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, und wir haben viele politische Protestaktionen gegen den Antisemitismus organisiert.

[...]

Wir sind mit Beschuldigungen von der Regierung, den Medien und liberalen Nationalisten konfrontiert. Sie hassen uns, weil wir Kommunisten sind, weil wir Marx und Lenin – und den Sozialismus schützen! Wir stehen zusammen mit der arbeitenden Klasse und der Jugend gegen Rassismus und Faschismus. Sogar unter Terrorbedingungen haben wir Aktionen organisiert, um Arbeiter-Vereinigungen zu unterstützen.

A.H.: *Wie analysiert Borotba die Maidan Bewegung?*

S.K.: Wir sagten, dass diese Bewegung von Anfang an sehr reaktionär war. Wir waren total gegen den Freihandelsvertrag mit der EU, weil er direkt zu einem Szenario wie in Griechenland führt. Die Maidan-Proteste schufen einen Kult individuellen Erfolgs, es gab dort kein linkes Denken.

Natürlich war nicht die ganze Bewegung faschistisch, aber sie war sehr antikommunistisch, sie haben im ganzen Land Lenin-Denkmäler zerstört. Eines der Hauptprobleme ist, dass die Maidan-Protestierenden behaupteten, die sogenannte sowjetische Mentalität gebe uns keine Möglichkeit, frei und reich zu werden. Auf dem Maidan hat man sogar eine symbolische Grenze: Wenn Sie auf den Maidan gehen, können Sie dort eine Ankündigung sehen, dass Sie die Sowjetunion verlassen und die Europäische Union betreten.

Aber sie hatten ein sehr spezifisches Verständnis von europäischen Werten. Die Faschisten auf dem Maidan waren am Anfang eine Minderheit, aber sie wurden von der Mehrheit der Protestierenden geduldet. Dann wurden sie eine energische Minderheit und setzten ihre politischen Pläne für die ganze Bewegung durch. Diese Bewegung wurde von den reichsten Leuten der Ukraine gesponsert und der Sieg auf dem Maidan wirkte sich sehr vorteilhaft für sie aus.

Sie nannten das Ganze eine Revolution der Würde. Doch jetzt haben die Unterstützer des Euromaidan in Charkow eine Website eingerichtet, in der sie Personalangaben von Aktivisten gegen die Regierung sammeln, einschließlich ihrer Adresse und ihres Arbeitsplatzes.

Das Ergebnis des Sieges dieser Bewegung sind private Armeen von Oligarchen, ein Oligarchen-Präsident, Oligarchen und Faschisten in der Regierung, Oligarchen-Gouverneure, wirtschaftlicher Zusammenbruch und Bürgerkrieg in der Ukraine.

Das Interview wurde von uns gekürzt und die Übersetzung bearbeitet. Die Übersetzung entnahmen wir folgender Quelle: http://www.kommunisten.de/index.php?option=com_content&view=article&id=5090

Das Originalinterview wurde in Englisch geführt. Es ist in ganzer Länge im Internet zu finden unter: <http://www.andrej-hunko.de/7-beitrag/2120-they-hate-us-because-we-are-communists>
